

II-840 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
X. Gesetzgebungsperiode

21.10.1965

334/A.B.
zu 301/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau Dr. B o c k
auf die Anfrage der Abgeordneten M a h n e r t und Genossen,
betreffend Möglichkeit von Fluß-Sanierungen im Zusammenhang mit dem
Straßenbau.

-.o--o--o-

In Beantwortung oben angeführter Anfrage beehre ich mich, Ihnen mitzu-
teilen:

Im Zuge der Bauführung der Wiener Bundesstraße zwischen Innsbruck und
Zirl wurde von der Bundesstraßenverwaltung Tirol an die Bundeswasserbau-
verwaltung bzw. an die Wasserrechtsbehörde das Ersuchen gestellt, den
Geschiebekegel, den die Mellach im Innflußbett abgelagert hatte, zum Abtrag
freizugeben, um mit dem gewonnenen Schottermaterial die notwendigen Straßen-
dämme schütten zu können. Ein weiterer Vorschlag von Fachleuten hinsichtlich
einer Sanierung der Mellach lag nicht vor.

Die in der Folge von der Bundesstraßenverwaltung und der Bundeswasser-
bauverwaltung durchgeführte restlose Räumung des vorbezeichneten Geschiebe-
kegels hat gleichzeitig den Zweck verfolgt, eine allfällige Auflandung der
Mündungsstrecke der Mellach, die jedoch zum Zeitpunkt der Bautätigkeit
nicht bestand, zu verhindern.

Eine Sanierung der Mellach in Verbindung mit dem Bau des rechts-
ufrigen Teiles der Wiener Bundesstraße wäre nicht möglich gewesen, weil
mit Rücksicht auf die teilweise sehr seichten Fundierungen der Uferschutz-
mauern eine tiefgreifende Räumung des Mellachbettes auch eine Gefährdung
der bestehenden Schutzbauten verursacht hätte.

Die Entfernung des Mündungskegels der Mellach im Bereich des Innflusses
konnte noch vor der Hochwasserkatastrophe abgeschlossen werden.

Die erhöhte Geschiebeablagerung im Gerinne der Mellach, welche zu der
Hochwasserkatastrophe im Raum Kematen führte, war einerseits durch die Ab-
gänge großer Muren in das Bett der Mellach, andererseits durch die gleich-
zeitige Hochwasserführung des Inn und den damit bedingten Rückstau der
Mellach, welcher eine Verringerung des Geschiebeabtransportes zur Folge
hatte, gegeben.

334/A.B.
zu 301/J

- 2 -

Eine Koordinierung von straßen- und wasserbaulichen Maßnahmen des Bundes wird schon von den Dienststellen der beiden zuständigen Verwaltungen bei den Ämtern der Landesregierungen wahrgenommen.

Soweit der Umfang dieser Bauvorhaben es erfordert, ist auch die Koordinierung derselben im Rahmen der Bundesministerien für Handel und Wiederaufbau bzw. für Land- und Forstwirtschaft gegeben.

-.--.-.-.-